



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/97

27. April 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Plattform gegen die KP	
Der freie Sozialismus als stärkste Waffe	S.1
"Volksdemokratischer" 1. Mai	
Die Vorbereitungen in der CSR	S.3
Aufrufe der COMISCO und des Internat. Bundes Freier Gewerkschaften zum 1. Mai	S.4
Gesamtdeutsche Wahlen - gegen Sowjetstrategie	5

Plattform gegen die KP

P.R. Nach allem, was sich in den letzten Jahren zugetragen hat, ist es doppelt merkwürdig, aber trotzdem nicht zu übersehen: die

Thesen von der "gemeinsamen Wurzel" und der "gebliebenen Verwandtschaft" von Kommunismus und freiem Sozialismus wirken, von einer ge-

schickten kommunistischen Propaganda entsprechend ausgewertet, auf weite bürgerliche Kreise unverändert als Schreckmittel. Sie werden

zu einer Warnung, sich der sozialistischen Vorstellungswelt und Beweisführung anzuschließen, zumal die Kommunisten mit einem Zynis-

mas sondergleichen die angesehenen Grundbegriffe fortschrittlichen Denkens wie Sozialismus und Demokratie auch für sich in Anspruch neh-

men, durch ihre Praxis gleichzeitig aber abscheulich entwerten.

Man hat diese Einstellung, obwohl zwischen dem zu brutaler Staatsallmacht und unverfälschtem Staatskapitalismus gewordenen Kommu-

nismus und dem freien demokratischen Sozialismus ein Gegensatz von grösster Schärfe besteht. Die Kommunisten jeder Prägung und nationa-

ler Herkunft haben das seit langem erkannt und bekämpfen keinen Gegner so unerbittlich wie die Sozialdemokraten in allen Ländern.

Gewiss - auch zwischen der Kirche und dem Kommunismus gibt es erbitterten, kaum je unterbrochenen Kampf. Das aber ist eine Auseinan-

dersetzung, die sich weniger im eigentlichen politischen Raum, als auf der Ebene des Glaubens abspielt. Sie ist viel stärker gefühls- als verstandesbetont.

In der Politik aber muss man die Frage stellen: Ist es auf die Dauer wirksamer und deshalb zweckmässiger, den Kommunismus in seinen heutigen Erscheinungsformen von einer Plattform aus zu bekämpfen, die ihrerseits durchaus auch bedenkliche Angriffsflächen, zumal auf sozialem Gebiet, bietet, oder von einer Ausgangsstellung, die keinen solchen Ansatzpunkt einer berechtigten Kritik aufweist. Um es knapper, wenn auch etwas überspitzt auszudrücken: Hat auf lange Sicht der Konservative bzw. der Rückschrittler im Kampf gegen den Kommunismus die grössere Chance oder der Liberale (das Wort nicht im engen Parteisinne gebraucht) bzw. der entschiedene Fortschrittler, also der freie Sozialist?

Wir meinen, aus voller Überzeugung, der zweite habe sie. Denn schliesslich ist unbestreitbar, und hier muss man auf die erwähnten Formeln von der gemeinsamen Wurzel und der verbliebenen Verwandtschaft zurückgreifen, dass die Verweigerung eines auch nur einigermaßen zureichenden sozialen Fortschritts durch lange Jahrzehnte hindurch erst die revolutionäre Arbeiterbewegung geschaffen hat. Bei der Kommunistischen Partei bzw. ihrer Führungsschicht freilich wurde bald das Wort wahr: Revolutionen werden von denen gewollt, die das Recht wollen, aber von denen gemacht, die die Macht wollen. Die Kommunisten begaben sich unter der Moskauer Führung vollkommen ihrer fortschrittlichen und demokratischen Ziele und Aufgaben, wenn sie auch aus schlechtem Gewissen gerade die Begriffe mit leidenschaftlicher Hartnäckigkeit für sich selbst in Anspruch nehmen. Der Hass der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie ruht vor allem auf ihrem Wissen, dass die Sozialdemokratie in allen Ländern, in denen sie frei wirken kann, das echte Erbe des alten Ringens um Menschenrecht und menschenwürdiges Dasein in Händen hält. Die Kommunisten wissen andererseits, dass die Kräfte, die das Schwergewicht ihrer politischen und sonstigen Anstrengungen auf die mehr oder weniger starre Haltung des Bestehenden legen, ihnen viel weniger gefährlich sind. Denn diese Kräfte stemmen sich, zuletzt völlig vergeblich, gegen eine unausweichliche Entwicklung. Sie treten für eine Sache ein, die sich naturnotwendig in der Verteidigung und, trotz aller gelegentlicher Erfolge, in Rückzugsgefechten im Abstieg befindet.

Ein Bollwerk gegen den Kommunismus aus einer zuletzt doch vor-

wiegend fortschrittsfeindlichen Gesinnung und Politik eigensüchtiger Verteidigung überkommener Vorrechte errichtet, ist auf Sand gebaut.

Die zuverlässigste Sicherheit vor dem Kommunismus liegt in der Schaffung von Gesellschafts- und Lebensformen, die eine aufsteigende Ent-

wicklung möglichst breiter Volksschichten und einen Ausgleich der sozialen Spannungen fordern und fördern, von Gesellschafts- und Lebens-

formen, die sich aber zum anderen mit äusserster Entschlossenheit gegen jede Diktatur und auch gegen eine zügellos zerstörende Gewalt

gegenüber jeder Art von Tradition wenden. Auch hier hat Dr. Schumacher auf die kürzeste Formel gebracht, was mit solchen Hinweisen gesagt sein

soll: "Mit blossem Antikommunismus besiegt man den Kommunismus nicht. Man besiegt ihn nur durch den höheren Grad der Gerechtigkeit".

- o - o -

"Volksdemokratischer" 1. Mai

(sp.) Prag, Ende April 1950

Das Vergnügen, zum 1. Mai hinter Hammer und Sichel marschieren zu dürfen, haben die tschechischen Arbeiter schon wochenlang vorher schwer büssen müssen. Keine Rundfunksendung, keine Zeitungsausgabe unterliess es, ausführlich über die unzähligen "sozialistischen Wettbewerbe" zu berichten, zu denen die Arbeiter fast aller Betriebe als Widmung zum 1. Mai aufgerufen wurden. In den meisten Industriezweigen mussten seit Wochen Sonntagsschichten abgearbeitet werden, um so zum 1. Mai dem Plansoll einen Auftrieb zu geben.

Wo es hoch halbwegs geht, drückt sich die Arbeiterschaft von diesen spontanen Präludien zum 1. Mai. Das verriet Industrieminister Kliment selbst, als er kürzlich auf einer Gewerkschaftstagung empört feststellte, dass die seinerzeit in Betriebsräte gewählten Arbeitervertreter ^{die} häufig die Belegschaften zu ausgesprochener Opposition verführten. Solche Leute dürften bei der neuen Wahl der Betriebsräte am 1. Mai unter keinen Umständen wieder auftauchen.

Auch in anderer Hinsicht wird dem tschechischen Volke der neutschechische Sinn des 1. Mai näher gebracht. Seit Anfang April veröffentlichten die tschechischen Zeitungen auf der ersten Seite die Liste der Parolen, die bei Aufmärschen, Versammlungen und Kundgebungen verwendet werden sollen, wenn der Tag gekommen ist. Insgesamt gibt es 46 solcher Parolen. Zu den aus dem Vorjahr kommenden Parolen kamen nun, der Entwicklung der letzten Zeit angepasst, der Gruss an die kommunistischen Chinesen, an die Deutsche Demokratische Republik und an die

Bewohner von Vietnam, Indonesien und der Malaien. Die amerikanischen Imperialisten, westlichen Monopolkapitalisten, rechtssozialistischen

Verräter und Tito-Verbrecher werden, in einer eigenen Parole zusammengefasst, als Hitler-Nachfolger bezeichnet. Besonders energisch sind

die Parolen an die tschechische Armee, die kommunistische Polizei und die Volksmiliz sowie die Aufforderung zur Vervollkommnung der Wehrbereitschaft.

- o - o -

Zwei Stimmen zum 1. Mai:

"Frieden und Vollbeschäftigung!"

Aus dem Maaufwurf der Internationale

In dem Aufruf des Komitees der Internationalen Sozialistischen Konferenz (COMISCO) zum 1. Mai heisst es u.a.:

"Die Welt an der Schwelle der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ist gespalten und vom Atomkrieg bedroht. Die kommunistische Diktatur hat in grossen Räumen der Erde die Freiheit als Prinzip menschlichen Fortschritts ausgerottet. Das totalitäre System bedroht das kostbarste Erbe, das die Menschheit in ihren Kämpfen um die Freiheit uns hinterlassen hat. Die Zukunft der Demokratie steht auf dem Spiel.

Die Zivilisation ist in einer tiefen Krise verstrickt. Geistige Versklavung und physische Zerstörung bedroht die Menschheit. In diesen ernstesten Zeiten der Bewährung ist dem internationalen Sozialismus eine geschichtlich entscheidende Aufgabe zugeteilt. Denn der Sozialismus allein ist die Idee, die, zur Macht geworden, die Forderungen des Atomzeitalters zu erfüllen fähig ist.

Nur der Sozialismus kann den Völkern die Einigkeit in ihren Zielen bieten. Wirtschaftssysteme, die nur auf Kosten der Arbeitslosigkeit und der Verarmung der Massen funktionieren, sind heute die fünfte Kolonne des internationalen Kommunismus. Die Demokratie kann sich das kapitalistische System der Vergeudung der Menschenkraft nicht länger leisten."

--

"Sicherheit und Gerechtigkeit"

Aus Anlass des bevorstehenden 1. Mai veröffentlicht der "Internationale Bund Freier Gewerkschaften" - in den demokratischen Ländern die Nachfolge- bzw. Gegenorganisation zum kommunistisch beeinflussten Weltgewerkschaftsbund eine Proklamation an die rund 50 Millionen Mitglieder in 53 verschiedenen Ländern, in der es u.a. heisst:

"Die Arbeiterbewegung darf niemals voraussetzen, dass der Fortschritt automatisch kommen wird. Die Unternehmer bemühen sich ständig, enge und selbstsüchtige Interessen über diejenigen der Gemeinschaft zu stellen; ihnen muss Einhalt geboten werden. Es gibt Regierungen, die die Zeichen der Zeit, in der wir leben, nicht verstehen; der Einfluss der Arbeiterbewegung muss in ständig steigender Weise auf sie ausgeübt und sie müssen dazu gebracht werden, den rechten Weg zu beschreiten".

- o - o -

Gesamtdeutsche Wahlen - gegen Sowjetstrategie

Sp. Im Kampf um ein einheitliches Deutschland darf keine Ermüdung in der Kennzeichnung der Verhältnisse in der Ostzone eintreten.

Erst sie ermöglicht den illegalen Kampf in der Ostzone und ein erfolgreiches legales Arbeiten für diese Einheit im Bundesgebiet.

Die Hoffnungen auf eine baldige Vereinigung beider Teile Deutschlands durch die Pariser Aussenminister-Konferenz im Juni vorigen Jahres schlugen fehl, weil die Russen die Einheit von bestimmten Voraussetzungen abhängig machen wollten, die spezifisch russischen strategischen und taktischen Erwägungen entsprangen. Nach ihren Plänen sollte zuerst ein "Deutscher Staatsrat" gebildet werden, der als ökonomische Dachorganisation in das politische Gebiet Westdeutschlands eindringen könnte, ohne dass die politischen Kräfteverhältnisse in der Ostzone demokratisch revidiert würden. Danach müsste eine Allpartei-Regierung, bei der die Verteilung der Mandate den Kommunisten ein ungerechtfertigt hohes Gewicht gäbe, geschaffen werden. Als dritte Stufe sollte die Unterzeichnung eines Friedensvertrages, der, ohne Rücksicht auf Deutschland und seine europäischen Bindungen, nur für die Vorteile Russlands bestimmt wäre, folgen.

Erst auf der vierten Stufe hätten dann Wahlen stattzufinden, bei denen alle Parteien in gleicher Weise durch die Kapitulation vor der Diktatur belastet wären, die Kommunisten aber durch ihre Macht im Staate (Volkspolizei) noch die besten Chancen hätten. Erst dann sollte der Abzug der Besatzungstruppen erfolgen. Damit wären dann alle Voraussetzungen zur Machtübernahme der Kommunisten erfüllt gewesen.

Inzwischen hat sie die Lage wesentlich verändert. Die Aussenminister haben nicht mitgespielt; gegenüber den sowjetischen Vorschlägen hat McCloy das Problem der gesamtdeutschen Wahlen erneut in die internationale Debatte gerückt. Die Sozialdemokraten haben den Gedanken ausgeweitet und gefordert, eine aus gesamtdeutschen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung in ihrem Auftrage nicht auf die Schaffung einer Verfassung zu beschränken, sondern sie zum ersten ordnungsmässigen Parlament für ganz Deutschland mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen zu machen. Damit soll verhindert werden, dass sich das Spiel von 1848 wiederholt und die bestehenden Ost- und Westregierungen die Nationalversammlung ignorieren. Solche Wahlen können nur unter Zulassung aller demokratischen Parteien in allen vier Besatzungszonen nach einer von den Alliierten erlassenen Wahlordnung und unter ihrer gemeinsamen Kontrolle vorgenommen werden. Nur dadurch werden die Folgen zweier verschiedener politischer Systeme in Deutschland beseitigt, denn der Zusammentritt der Nationalversammlung und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bedeuten das Ende der provisorischen Regierungen in Bonn und in Pankow.

Verantwortlich: Peter Raunau